



Europäischer Zusammenhalt in Zeiten des Krieges

Gemeinsam, aber nicht exklusiv

THOMAS DIEZ, FRANZISKUS VON LUCKE

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben in ihrer Reaktion auf Russlands Angriff auf die Ukraine erstaunliche Solidarität mit der Ukraine aber auch untereinander gezeigt. Die Krise könnte am Ende eine Stärkung des Zusammenhalts innerhalb der EU und ihrer Institutionen bewirken. Aber was für ein Europa wird hier eigentlich gestärkt? Damit Europa bei der Verteidigung seiner Grundwerte nicht Gefahr läuft, die ursprünglichen Ziele der Integration aufs Spiel zu setzen, sollte:

- Zusammenhalt auf dem Gedanken der Überwindung und nicht auf der Stärkung von Nationalstaatlichkeit beruhen
- Der Ausbau der GSVP vor allem im Rahmen der NATO erfolgen und nicht als Vorstufe zu einer eigenständigen EU-Armee
- Die Solidarität mit der Ukraine mit der weiteren Unterstützung des Demokratisierungsprozesses einhergehen

Ziel des europäischen Integrationsprozesses war es, die territorialen Grenzen der europäischen Nationalstaaten zu überwinden. Dabei stand die EU in ihrer Rolle als „normative“ oder „Zivilmacht“ lange für eine neue Form der internationalen Politik, die nicht auf geopolitische Machtpolitik und militärische Stärke, sondern auf Ausgleich, Diplomatie und Verrechtlichung setzte. Die Verteidigung dieser Grundwerte gegenüber der imperialen Aggression Russlands ist unbedingt notwendig, darf aber ebendiese Werte nicht untergraben. Wir plädieren daher für eine genauere Bestimmung dessen, was durch die Unterstützung der Ukraine auch in der EU verteidigt werden soll.

SOLIDARITÄT IM ANGESICHT DES KRIEGES UND DIE VERTEIDIGUNG EUROPÄISCHER WERTE

Als Russland die Ukraine überfiel, rechneten Putin und seine Militärs offenbar nicht mit einer ernsthaften Unterstützung der Ukraine durch die EU. Die lange Liste von weitreichenden individuellen, Wirtschafts- und Visa-Sanktionen, die von der EU mittlerweile beschlossen wurden¹, genauso wie die umfassende finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine hat die Welt eines Besseren belehrt. Vor dem Hintergrund der immer wieder beschworenen Verunsicherung der EU angesichts der Polykrisen der letzten Jahre (Eurokrise, Brexit, Rechtsstaatlichkeit, Fluchtmigration und COVID)² beindruckte insbesondere die vergleichsweise große Einigkeit und Entschlossenheit der Mitgliedstaaten. Dabei war immer wieder die Rede davon, dass die „europäischen Werte“ in der Ukraine verteidigt werden müssen. Aber geht es dabei um funktionale Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Völkerrecht, oder ein bestimmtes Demokratieverständnis? Oder spielen auch normativ und historisch aufgeladene Werte eine Rolle, wie eine gemeinsame Geschichte und Kultur oder die von der Kommission neuerdings betonte „Europäische Lebensweise“³?

WERTE UND ZUSAMMENHALT IN EUROPA: GEMEINSAM ABER NICHT EXKLUSIV

Lange bestand der Kern der Europäische Integration in der gemeinsamen, effektiven Problemlösung und dem Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Normativ ging es aber vor allem um eine Ablösung vom nationalstaatlichen, territorialen Denken als

Ursache zweier Weltkriege: Europas Identität wurde durch den Gegensatz zur Vergangenheit konstruiert. Vor allem seit den Diskussionen um die „Sicherheitsunion“⁴ ist aber zunehmend auch die Verteidigung einer europäischen kulturellen Identität in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatten gerückt. Die Wiederkehr von Krieg auf dem Kontinent und somit das Wiedererstarren eines externen Feindbildes haben diese Tendenzen verstärkt. Soweit diese Identität auf die Verteidigung universeller Werte ausgerichtet ist, muss sie nicht unbedingt problematisch sein. Schwierig wird es, wenn die Werte allein auf Europa bezogen sind. Debatten über das, was die EU im Innern zusammenhält, dürfen nicht in die Beschwörung einer exklusiven europäischen Kultur münden, die sich vor allem aus der Abgrenzung zum „Anderen“ speist. Sonst besteht die Gefahr, dass sie missbraucht werden, um rechtspopulistische und xenophobe Strömungen zu stärken, und damit genau dem zuwiderlaufen, was Europa eigentlich ausmacht: die Überwindung nationalstaatlichen und geopolitischen Denkens. Ein Blick in die europäische Geschichte, auf die politischen Entwicklungen in Ungarn und Polen in den vergangenen Jahren, aber auch auf das Erstarken rechtsnationaler Kräfte in Frankreich, Italien und Skandinavien unterstreicht diese Problematik.

EUROPA IN DER NATO STÄRKEN STATT STRATEGISCHER AUTONOMIE

Diese Diskussionen sind verknüpft mit der Debatte um eine Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Dabei sehen wir Rufe nach „strategischer Autonomie“ skeptisch. Die EU muss sich aus

einseitigen Abhängigkeiten befreien, aber Autonomie ist das Gegenteil dessen, wofür europäische Integration ursprünglich stand. Universelle Werte wie Menschenrechte und Demokratie können nur in globalen Institutionen und auf UN-Ebene verteidigt werden. Sicher müssen völkerrechtliche Normen im Ernstfall auch militärisch verteidigt werden. Hier hat sich allerdings die Arbeitsteilung zwischen NATO und EU bewährt, in der die EU-Staaten zwar militärische Fähigkeiten einbringen – und dabei auch gemeinsame Beschaffungsstrukturen im Rahmen der EU ausbauen⁵ –, die militärische Sicherheit aber im Rahmen der NATO gewährleistet wird. Statt auf strategischer Autonomie sollte der Fokus auf der Stärkung des Gewichts der EU innerhalb der NATO liegen. Es stimmt zwar, dass die Amtszeit von Donald Trump die Probleme einer zu starken Abhängigkeit vom größten NATO-Partner USA aufgedeckt hat. Allerdings hat die Vergangenheit auch gezeigt, dass innerhalb der EU keineswegs Einigkeit über den außen- oder verteidigungspolitischen Kurs herrscht – hier wäre zuerst anzusetzen, bevor man über strategische Autonomie nachdenkt. Zudem können wir nicht wissen, ob nicht rechtspopulistische Kräfte auch in Europa – etwa

bei der Wahl Marie Le Pens zur französischen Präsidentin – weiter gestärkt werden. Die Probleme nur bei den USA zu sehen, ist kurzsichtig und naiv.

INTEGRATION JENSEITS DES NATIONALSTAATS VERTEIDIGEN

Für die EU bedeutet die aktuelle Diskussion eine Wegscheide: Wollen wir ein Europa, das auf einer exklusiven Identität aufbaut? Das entweder in eine kulturalistische Umrahmung von Nationalstaaten degeneriert oder in eine eigene EU-Staatlichkeit mündet? Oder stehen wir zu einer post-nationalen EU, die den Gedanken der Überwindung von Grenzen fortschreibt und verteidigt? Wir halten es mit dem Vordenker des Funktionalismus, David Mitrany⁶: Eine EU als Reproduktion des Nationalstaats auf höherer Ebene brauchen wir ebenso wenig wie eine Ansammlung von Nationalstaaten zur Bewahrung einer wie auch immer gearteten europäischen Kultur oder Lebensweise. Es gilt also, Integration in ihrem ursprünglichen Sinn zu verteidigen. Alles andere wäre ein Sieg Putin'schen Denkens in kulturalistischen, geopolitischen Linien.

Dieser Policy Brief ist Teil des Forschungsprojektes „Zusammenhalt durch Sicherheit? Diskurse, Interaktionen und Praktiken des europäischen Zusammenhaltes im Feld Sicherheit (ZUSE)“. ZUSE wird gefördert mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Mehr Infos unter: <https://zuse-projekt.de>

¹ <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/sanctions-against-russia-explained/>

² Mitzen, J. (2018). Anxious community: EU as (in)security community. *European Security*, 27, 393–413.

³ https://commissioners.ec.europa.eu/margaritis-schinas_en

⁴ <https://ifsh.de/publikationen/policy-brief/policy-brief-0621>

⁵ https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/stronger-european-defence_de

⁶ Mitrany, D. (1965). The prospect of integration: Federal or functional. *Journal of Common Market Studies*, 4, 119–149.